



Mit einem wuchtigen Info-Mobil gegen den rasch wachsenden Leiharbeitssektor: Die IG Metall sieht wegen der Arbeitnehmerüberlassung Lohndumping und die Spaltung von Belegschaften auf dem Vormarsch. FOTO: THOMAS KUNZ

Gleiche Arbeit, weniger Geld

IG Metall protestiert mit „Freiburger Erklärung“ gegen Leiharbeit / Betroffene schildern Situation

VON UNSEREM MITARBEITER
HOLGER SCHINDLER

Die Gewerkschaft IG Metall hat am Samstag in der Freiburger Innenstadt gegen das rasche Wachstum des Leiharbeitssektors Front gemacht. Ein noch bis Oktober durch ganz Deutschland tourender, speziell für die Anti-Zeitarbeit-Kampagne der Metaller gestalteter Info-Lastwagen machte Station vor dem Stadttheater. Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre sammelten in der Fußgängerzone Unterschriften für ihre „Freiburger Erklärung zur Leiharbeit“. Ihr Ziel: Die Liberalisierung der Branche im Jahr 2003 soll rückgängig gemacht werden. Leiharbeiter aus der Region schilderten ihre Erfahrungen.

„Noch dieses Jahr wird die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland voraussichtlich die Millionengrenze überschreiten“, erklärte Thomas Kantelhardt, politischer Sekretär der IG Metall Freiburg bei der Protestaktion am Samstag. Besonders seit der Liberalisierung der gesetzlichen Grundlagen der Arbeitnehmerüberlassung im Jahr 2003, zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung und unter Ägide

des damaligen „Superministers“ Wolfgang Clement, wachse die Branche rasant. Die Folge seien niedrige Löhne und die Spaltung der Beschäftigten auf Grund unterschiedlicher Bezahlung für die selbe Tätigkeit. „Dieser Zustand verstößt gegen Artikel 23 der UN-Menschenrechte, wo es heißt: ‚Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit‘“, so Thomas Kantelhardt. Die IG Metall Freiburg hat eine Erklärung veröffentlicht, worin dieser Sachverhalt genauer erläutert wird. Demnach geht die Gewerkschaft von etwa 2400 Leiharbeitern in Freiburg aus, mehr als doppelt so viele wie noch vor vier Jahren. In dieser „Freiburger Erklärung“ wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Deregulierung von 2003 wieder zurückzunehmen.

Unter den Gewerkschaftern, die in der Fußgängerzone um Unterstützung für die „Freiburger Erklärung“ warben, war auch Helmut Schiemann, Betriebsratsvorsitzender des Freiburger Elektronikunternehmens Litef. Innerhalb von drei Stunden sammelte er 80 Unterschriften. Schiemann: „Viele waren sehr interessiert. Das Thema bewegt die Leute.“

Leiharbeiter von der Freiburger Solarfabrik, vom Freiburger Chip-Hersteller

Micronas und vom Sensor-Unternehmen Sick in Waldkirch schilderten ihre Lage. So berichtete eine gelernte Malerin, die als „verliehene“ Produktionshelferin bei Sick tätig ist und anonym bleiben will, sie verdiene bei einer 40-Stunden-Woche etwa 1100 Euro brutto. Ihre fest angestellten Kolleginnen erhielten hingegen für die gleiche Arbeit zum Teil mehr als 2000 Euro. Sie selbst sei gezwungen nebenher einem 400-Euro-Job nachzugehen, um das Einkommen für die Familie zu sichern. Auch bei Micronas, wo etwa 160 Leiharbeiter im Einsatz sind und ebenfalls weniger Lohn erhalten als die fest angestellten Kollegen, müssten viele Betroffene trotz Vollzeit Arbeitsplatz mittels eines Zweitjobs hinzuverdienen, sagte eine Micronas-Mitarbeiterin.

Auf Anfrage der BZ erklärte Regina Hägele, Geschäftsführerin der Leiharbeitsfirma AME im Gewerbegebiet Haid, die unter anderem der Firma Sick Arbeitskräfte überlässt, die Darstellung der IG Metall sei einseitig. Es gebe auch Fälle, wo Leiharbeiter mehr verdienten als fest Angestellte. Hägele: „Der Gewerkschaft laufen die Mitglieder davon. Darum erklärt man einfach die Leiharbeit zum Sündenbock.“